

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Erwin Denninghaus (KV Soest)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 365 bis 367:

werden. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen. Dafür werden wir die Ausgleichsabgabe erhöhen. Wir werden den Wechsel von Werkstätten in den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern und Menschen, die das Budget für Arbeit nutzen, in der

Begründung

Eine große Zahl von Unternehmen kommt der Beschäftigungspflicht gem. § 154 ff SGB IX nicht nach. Daher wird bereits seit längerem eine Erhöhung der sog. Ausgleichsabgabe auf nicht besetzte Pflichtplätze diskutiert. Sie ist dringend geboten, um die Beschäftigungsquote von Menschen mit einer Schwerbehinderung zu verbessern und einen gerechten Ausgleich zwischen den Arbeitgebern zu schaffen. Durch die Ergänzung wird zugleich eine Gegenfinanzierung aufgezeigt.

weitere Antragsteller*innen

Werner Liedmann (KV Soest); Annette Von dem Bottlenberg (KV Soest); Edith Engelbach (KV Soest); Ulrich Vennemann (KV Soest); Ulrike Burkert (KV Soest); Christine Dembinsky (KV Soest); Ilona Kottmann-Fischer (KV Soest); Nabiha Ghanem (KV Soest); Maria Massidda (KV Soest); Sonja Raeck (KV Soest); Hendrik Flöttmann (KV Soest); Jutta Maybaum (KV Soest); Thomas Reimann (KV Soest); Wilhelm Roer (KV Soest); Stephan Henke (KV Soest); Roland Stürmer (KV Marburg-Biedenkopf); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Jan Breuer (KV Soest); Birgit Davidian (KV Soest); Karl-Peter Jäker (KV Soest); Christian Eckhoff (KV Soest); Shahabuddin Miah (KV Soest); Andrea Klose-Kremp (KV Soest); Burkhard Kalle (KV Soest); Jens Raeck (KV Soest); Wiebke Dorothea Mohrmann (KV Soest)